

Außerordentliche Vertreterversammlung beriet weitere Strategie

274 Vertreter aus 156 TIG hatten sich am 8. Oktober in Berlin-Lichtenberg versammelt, um gemeinsam mit Vorstand, Beirat und der Zentralen Arbeitsgruppe Recht die neue Situation nach den jüngsten Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts (BVerfG) zu diskutieren und die daraus abzuleitende Strategie zu bestimmen. Die Tagung demonstrierte die Einmütigkeit und Entschlossenheit, unseren Kampf bis zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechtes fortzusetzen, auch wenn dabei neue Wege gegangen werden müssen und schnelle Erfolge nicht in Sicht sind.

Das Auftreten von Vertretern anderer Sozialverbände und -vereine, wie Ehemalige Soldaten im Deutschen Bundeswehrverband-Ost, dem BRH und der GRH, von Prof. Dr. Axel Azzola und der früheren Sozialministerin und jetzigen Landtagsabgeordneten der PDS in Mecklenburg-Vorpommern, Dr. Martina Bunge, bestätigte, dass ISOR nicht allein steht und mit Solidarität weit über die eigenen Reihen hinaus rechnen kann.

In seinem Referat erinnerte Horst Parton zunächst daran, dass Vorstand und Beirat von ISOR immer dann, wenn ISOR vor schwierigen Entscheidungen stand, auch durch außerordentliche Vertreterversammlungen den Schulterschluss zu den Basisorganisationen gesucht, die breite demokratische Diskussion angeregt und auf die Mobilisierung der Mitglieder gesetzt hat. Immer wieder habe sich ISOR in Solidarität mit vielen anderen Betroffenen behauptet und für alle seine Mitglieder deutliche Verbesserungen ihrer Renten durchsetzen können.

Mit dem Urteil des BVerfG zu den sog. E3-Fällen konnten wiederum ca. 500 Verfahren der Rechtsanwälte Bleiberg & Schippert erfolgreich beendet werden. Auch das sei das Ergebnis gemeinsamer Arbeit von Sozialverbänden, unter denen besonders der Deutsche Bun-

deswehrverband zu beglückwünschen sei. Es gelte jetzt aber wachsam zu bleiben und bei Erfordernis neuen Widerstand zu organisieren, sollte der Gesetzgeber versuchen, bei der ihm bis zum 30.6.2005 aufgetragenen gesetzlichen Regelung durch neue Ausnahmetatbestände



die eindeutigen Vorgaben der Verfassungsrichter zu unterlaufen.

Vom Schutz des Artikels 3 des Grundgesetzes ausgeschlossen

Die Nichtannahme von Verfassungsbeschwerden zum § 7 AAÜG ziele auf eine politische und rentenrechtliche Isolierung und Ausgrenzung der ehemaligen Mitarbeiter des MfS. Die Solidarität innerhalb von ISOR und mit den anderen Verbänden und Vereinen der bisher vom Rentenstrafrecht Betroffenen muss dafür sorgen, dass diese Strategie nicht aufgeht. Am Grundsatz der Wertneutralität des Rentenrechts wird gemeinsam festgehalten.

Horst Parton: »Uns ist bewusst: Die Ablehnung der Verfassungsbeschwerden nach § 7 AAÜG bedeutet, dass erst nach Jahren weiterer intensiver Anstrengungen mit rentenrechtlichen Verbesserungen für die ehemaligen Mitarbeiter des MfS durch ein Urteil des Bundesverfassungsgerichts gerechnet werden kann. Dem kann nur der Gesetzgeber zuvorkommen.

Wir wissen auch: Höhere Renten werden erst ab dem Tage eines solchen Urteils oder einer solchen Gesetzesänderung möglich. Nachzahlung für die Zeit davor ist nicht zu erwarten.«

Nachdem er nachgewiesen hatte, dass das BVerfG bei seinen Entscheidungen im Juni/Juli 2004 mit zweierlei Maß gemessen hatte, ging Horst Parton auf die skandalöse Verweigerung der Herausgabe erforderlicher Unterlagen durch Bundesbehörden ein. Er fragte, ob sich das BVerfG bewusst sei, dass es mit seiner Rechtsprechung den Ausschluss der ehemaligen Mitarbeiter des MfS vom Gleichheitsgebot des Grundgesetzes fördere. Auch die Berufung des BVerfG auf Beschlüsse der Volkskammer sei fragwürdig.

Die Begründung der Ablehnung der Verfassungsbeschwerden zum § 7 AAÜG lasse aber eine spätere erneute Entscheidung unter der Voraussetzung der Klärung der Einkommensverhältnisse und Qualifikationsstruktur des MfS ausdrücklich zu. ISOR sei mit seinen Gutachten auf dem richtigen Weg gewesen, auch wenn diese als nicht ausreichend zurückgewiesen worden seien. Noch umfangreichere und aussagefähige Daten zu erschließen, fordere noch große Anstrengungen und Zeit, die Gewinnung geeigneter Wissenschaftler und vor allem die Überwindung der Blockadehaltung des Bundesverwaltungsausschusses und der Birthler-Behörde. Sollten alle Verhandlungen und konstruktiven Angebote zur Herausgabe und Auswertung der erforderlichen Daten keinen Erfolg haben, müssten Massenproteste, Petitionen, Schreiben an Politiker und Gespräche mit ihnen unseren Forderungen Nachdruck verleihen.

Es könnte auch erforderlich werden, die ehemaligen Mitarbeiter des MfS innerhalb und außerhalb unserer Organisation zur Rekonstruktion der geforderten Daten zu mobilisieren.

Horst Parton weiter wörtlich: »Erst wenn durch entsprechende Gutachten abgesichert ist, dass dem BVerfG die von ihm geforderten neuen rechtserheblichen Tatsachen vorgelegt werden können, kann die nächste Etappe in Angriff genommen werden: Die Eröffnung neuer Musterverfahren, die über den Instanzenweg schließlich vor das BVerfG gebracht werden müssen. ... Uns ist wie bisher ein jahrelanger Kampf aufgezwungen, dessen Ergebnis mancher leider nicht erleben wird. Das stellt viele auf eine harte Probe, trotzdem nicht aufzugeben. Unsere solidarische Kraft erwächst auch aus dem Willen und dem Mut, unbeugsam an der Seite der Jüngeren zu kämpfen, damit wenigstens sie den Erfolg erleben.«

► Fortsetzung auf Seite 2

► Fortsetzung von Seite 1

Neue Bedingungen des juristischen und politischen Kampfes

Mit massenhaften Widersprüchen und Klagen könne vorerst nichts erreicht werden. Das BVerfG habe mit Gesetzeskraft die Begrenzung auf 1,0 Entgelpunkte für MfS-Mitarbeiter – wenigstens jetzt und in absehbarer Zeit – für verfassungsgemäß erklärt. Schon hätten 50 Landes- und Sozialgerichte mit Strafgebühren wegen Uneinsichtigkeit gedroht, falls Klagen nicht zurückgezogen würden. Bei Widersprüchen und Klagen, die ausschließlich gegen Entgeltbescheide gerichtet wurden, komme noch hinzu, dass diese nach einem Urteil des Bundessozialgerichts – welches vom BVerfG leider nicht beanstandet wurde – für unzulässig erklärt worden seien. Die Rechtsanwälte Bleiberg & Schippert müssen mit Zustimmung ihrer Mandanten Verfahren beenden, wenn diese aussichtslos geworden seien bzw. wenn es nicht gelinge, diese zum Ruhen zu bringen. Aufgegebene Verfahren könnten nach § 44 SGB X erneut aufgenommen werden, wenn neue rechtserhebliche Tatsachen vorliegen. Dennoch soll bei allen **erstmais** erteilten **Rentenbescheiden** Widerspruch nach dem vorgegebenen Muster eingelebt werden. Werde das Ruhen verweigert, könne aber vorläufig nicht geklagt werden, da jeder Kläger und jeder Rechtsanwalt den Vorwurf des Rechtsmissbrauchs riskiere.

Politischer Druck durch massenhafte Petitionen

Horst Parton schätzte ein, dass es dringend geboten sei, den juristischen Kampf von ISOR umfassend durch **politischen Druck** zu unterstützen. Wie in der Vergangenheit seien auch in der Zukunft Erfolge ohne spürbare und verstärkte politische Aktivitäten undenkbar.

Er führte dazu aus: »Beauftragt durch das Bundesverfassungsgericht ist der Gesetzgeber gefordert, bis zum 30.6.2005 das AAÜG erneut zu verändern. Damit ist die Stunde der **Petitionen** gekommen ...

Mit massenhaften Petitionen kann und muss jetzt – bis spätestens Ende Februar 2005 – der Gesetzgeber aufgefordert werden, mit der ohnehin notwendigen Gesetzesänderung des AAÜG auch mehr als 1,0 Entgelpunkte für die ehemaligen Mitarbeiter des MfS zu regeln. Schon einmal, in der Zeit von 1996 bis 1999 haben ISOR-Mitglieder ca. 4.500 Petitionen an den zuständigen Ausschuss des Bundestages eingereicht.« Es gelte, »diesen Weg erneut zu gehen – und diesmal mit einer möglichst noch höheren Zahl von Petitionen. Das Bundesverfassungsgericht hat mit seinen Beschlüssen von 2004 neue Tatsachen geschaffen, die jeden – gleich wie viele Petitionen er schon geschrie-

ben hat und ob diese erst kürzlich zurückgewiesen wurden – berechtigen, sich erneut und individuell zur rentenrechtlichen Diskriminierung der ehemaligen Mitarbeiter des MfS gegenüber dem Petitionsausschuss des Bundestages zu äußern. Dazu liefern sowohl die Leitsätze zum E 3 – Urteil als auch der Vorlagebeschluss der 18. Kammer des Sozialgerichts Berlin eine Fülle von neuen Argumenten. Wenn rechtserhebliche Tatsachen solche Fakten sind, die Richter dieses Landes in ihren Entscheidungen für erwähnenswert erachten: Hier sind sie zu finden. Und wir werden keine Gelegenheit auslassen, auf sie zu verweisen. Die Petitionen sollen sich auch energisch gegen die Weigerung der Bundesbehörden wenden, statistische Unterlagen des MfS und Erkenntnisse über die Einkommenshöhen im MfS herauszugeben.«

Horst Parton verwies darauf, dass auf der Web-Seite von ISOR Hilfen für Petitionen veröffentlicht werden und bat darum, überzeugend formulierte Petitionen – selbstverständlich ohne Namensnennung – an die Geschäftsstelle zur öffentlichen Auswertung zu übersenden. Die TIG forderte er auf, Hilfe bei der Abfassung von Petitionen zu organisieren und in dieser Richtung auch mobilisierend zu wirken.

Stärke und Geschlossenheit – Garantie für weitere Erfolge

Horst Parton rief zu einer neuen **Offensive zur Mitgliedergewinnung** auf, mit der auch die Finanzkraft von ISOR gestärkt werden soll. Dabei sollten sich die Anstrengungen zur Mitgliedergewinnung auf ehemalige Mitarbeiter des MfS in den rentennahen Jahrgängen, aber keineswegs nur auf sie, konzentrieren. Immerhin würden 3.000 bis 5.000 ehemalige MfS-Mitarbeiter jährlich das Rentenalter erreichen.

An die Funktionäre von ISOR gewandt führte er aus: »Die weitere Stärke und Geschlossenheit von ISOR sind undenkbar ohne die aufopferungsvolle Arbeit der TIG-Vorsitzenden, der Vorstände, der Arbeitsgruppen Recht und der Betreuer. Ihnen allen, die sich nun auf weitere Jahre im Dienste der Gemeinschaft einstellen müssen, gilt unser herzlicher Dank. Wir haben uns in die Hand versprochen, nicht eher zu ruhen, bis das Rentenstrafrecht endgültig beseitigt ist. Das ist das Vermächtnis jener fast 7.000 verstorbenen Mitglieder, die oftmals das Ergebnis ihres Einsatzes nicht mehr erleben durften. Darin besteht unsere Verantwortung für die Hinterbliebenen. Wir werden das von ihnen begonnene Werk fortsetzen und zu Ende führen, für so manche von uns auch in dem Wissen, dass sie die Früchte ihrer Arbeit nicht mehr ernten werden. Das sind wir uns und jenen schuldig, die sonst bis über das Jahr 2030 hinaus bei Renteneintritt mit einer Rentenstrafe konfrontiert sein werden ... Zum goldrichtigen Zeitpunkt liegt jetzt die von ISOR in Auftrag gegebene und als Buch veröffentlichte

Studie zur Wertneutralität des Rentenrechts in Deutschland vor. Sie weist nach, dass das Rentenrecht in Deutschland in seiner mehr als hundertjährigen Geschichte nur in der Zeit des Faschismus und jetzt politisch instrumentalisiert wurde ... Diese Studie ist aber auch eine Dokumentation des schwierigen und in wichtigen Teilen erfolgreichen Kampfes von ISOR. Ihre Verbreitung und Popularisierung ist eine Aufgabe von höchster Aktualität. Prof. Dr. Rolf Gruner, Prof. Dr. Willi Hellmann, Prof. Dr. Erhard Pachaly, Rechtsanwalt Dr. Rainer Rothe und allen die an diesem Sachbuch mitgearbeitet haben, gebührt an dieser Stelle unser aufrichtiger Dank ...«

Und weiter: »Auch wenn der Kampf um die Beseitigung des § 7 AAÜG nunmehr zu unserem Hauptkampffeld geworden ist, wenigstens zwei Probleme sind auch noch zu lösen. Das ist die Frage der Dynamisierung der besitzgeschützten Rentenbeiträge – dazu liegt jetzt eine aussichtsreiche Verfassungsbeschwerde vor – und die gesetzliche Regelung der Dienstbeschädigten-Renten auch für MfS-Mitarbeiter. Wir werden beides energisch weiter verfolgen.«

Zum Kampf gegen Sozialabbau führte Horst Parton u.a. aus:

»Als **Sozialverband** ist ISOR im aktuellen Kampf gegen den forcierten Sozialabbau in der Bundesrepublik Deutschland gefordert. Auch unsere Mitglieder, deren Renten bereits befriedigend berechnet wurden, sind von den Leistungskürzungen und zusätzlichen Aufwendungen für Kranken- und Pflegeversicherung, der allgemeinen Rentenentwicklung, der fortbestehenden Benachteiligung der Rentner im Osten und den Folgen einer Sparpolitik, die die Reichen schont und von den Ärmsten nimmt, unmittelbar oder mittelbar betroffen. ISOR hat sich in Sozialbündnissen der verschiedensten Art an die Seite der anderen Betroffenenverbände gestellt. Eine große Zahl von TIG hat vielseitige, mit dem Ostdeutschen Kuratorium von Verbänden abgestimmte Initiativen bei der Bildung und als Mitstreiter in territorialen Bündnissen für soziale Gerechtigkeit entwickelt. Solche Bündnisse werden weiter an Bedeutung gewinnen und wir rufen alle TIG auf, sich in dieser Richtung weiter zu engagieren.

Um richtig verstanden zu werden: wir sehen uns nicht als Gegner von notwendigen Reformen oder als egoistische Besitzstandswahrer. Wir halten es aber für unverschämt, wenn die ohnehin nicht üppige Arbeitslosenhilfe für viele ganz wegfällt oder unter die Armutsgrenze gedrückt wird, während die Senkung des Spitzensteuersatzes von 45 auf 42 Prozent jeden der etwa 750.000 Einkommensmillionären dieses Landes jährlich etwa mindestens 30.000 € zuschanzt. Die Senkung des Spitzensteuersatzes

► Fortsetzung auf Seite 3

► Fortsetzung von Seite 2

kostet der Bundesrepublik im Jahr 2,5 Milliarden €, das ist fast genau die Summe, die durch die Zusammenlegung von Arbeitslosen- und Sozialhilfe wieder hereingeholt wird. ...

Für kommende Rentner wird gegenwärtig in den Ministerien eine weitere Ungerechtigkeit ausgeheckt. Es handelt sich hierbei um das so genannte »Rentenversicherungsnachhaltigkeitsgesetz«. Durch einen »Nachhaltigkeitsfaktor« wird das künftige Rentenniveau von derzeit 70 auf 54 Prozent abgesenkt. Bereits heute wachsen die Renten deutlich langsamer als die Löhne und Gehälter ...

Die mangelnde Weitsicht unserer Politiker und die einseitigen Reformen der letzten Monate lösen die Probleme des sicherlich notwendigen Umbaus des Sozialstaates nicht. Sie sind erst der Anfang für weitere soziale Grausamkeiten. Von der Lebensstandardsicherung rückt man immer weiter ab und ersetzt das mit der These vom Erhalt der sozialen Sicherungssysteme auf niedrigerem Niveau ...

Für unsere Initiativgemeinschaft ergibt sich die Schlussfolgerung, darüber nachzudenken, wie wir uns und unser Profil – unter Beachtung der Hauptaufgabe, die Rentenstrafe für alle zu beenden – als Sozialverein noch stärker herausbilden und uns in die Solidargemeinschaft der Sozialverbände einbringen ...

Solidarisches Zusammenwirken

»In diesem Zusammenhang ein Wort zu unserem **Verhältnis zur PDS**. ISOR ist als Verein parteipolitisch neutral und steht der PDS keinesfalls unkritisch gegenüber ... Als Realisten sehen wir aber keine vergleichbare linke Kraft, die eine Chance hätte, Forderungen im Sinne sozialer Gerechtigkeit und zur Lösung der Probleme Ostdeutschlands im Bundestag zu vertreten. Vor allem aber wissen wir, dass die PDS unseren Kampf gegen das Rentenstrafrecht von Anfang an wirksam und verlässlich unterstützt und erneut auch eine gerechte Rentenregelung für die ehemaligen Mitarbeiter des MfS gefordert hat. Der Bundesgeschäftsführer der PDS, Rolf Kutzmutz hat am 09.07.2003 im »Neuen Deutschland« die E 3-Entscheidung gewürdigt und erklärt, dass sich die PDS auch weiterhin gegen die Rentenbegrenzungen für ehemalige MfS-Angehörige wenden werde. Diese Meinung des Parteivorstandes bekräftigte er auch in einer Beratung des Ostdeutschen

Kuratoriums der Verbände. Wir haben deshalb ein unmittelbares Interesse daran, dass die PDS wieder in den Bundestag einzieht. Sie hat dafür gegenwärtig gute Chancen, wie nicht zuletzt die Ergebnisse der Landtagswahlen in Thüringen, Sachsen und Brandenburg gezeigt haben. Nicht wenige ISOR-Mitglieder sind auch als Mitglieder und Funktionäre in der PDS aktiv. Auch das ist eine gute Basis, um an der

sehr langen Atem und die Solidarität aller Anspruchsberechtigten und der Sozialverbände. Die politische Lösung von Versorgungsansprüchen wird insbesondere unter den Bedingungen von Hartz IV erheblich erschwert.

Dennoch wird sich ISOR in die Suche einer politischen Lösung zur Beendigung der Versorgungsbenachteiligung gemeinsam mit dem Deutschen Bundeswehrverband, dem BRH, der GBM und anderen Sozialverbänden einbringen.«

Horst Parton dankte noch einmal besonders Prof. Dr. Azzola und den Rechtsanwälten Bleiberg & Schippert, aber auch allen anderen Beratern, Gutachtern und Rechtsanwälten, die unser Anliegen befördert haben. Die Entscheidung des BVerfG sei keine Entscheidung auf »Ewigkeit«. In einem überschaubaren Zeitraum den ehemaligen Mitarbeitern des MfS die ihnen zustehende Rente zu erkämpfen, den weiteren Sozialabbau zu stoppen und das Erreichte zu sichern, sei jetzt das vorrangige Anliegen von ISOR.

Er schloss mit den Worten:

»Wir haben in den vergangenen Jahren viel erreicht und wir können und müssen im Vertrauen auf die Solidarität die gestellten Ziele erreichen.«

Aus der Diskussion

Als erster Redner in der Diskussion zum Referat, den Entwürfen der Entschließung und der »Konzeption zur Fortführung des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht« sprach der ehemalige Leiter des AfNS, **Dr. Wolfgang Schwanitz**. Sein Auftreten war ein eindeutiges Signal an jene politischen Kräfte, die auf eine Isolierung und Ausgrenzung der ehem. Mitarbeiter des MfS spekuliert haben. Er ordnete die ablehnende Entscheidung des BVerfG zum § 7 AAÜG in die Strategie der Delegitimierung der DDR ein, mit der die DDR der faschistischen Terrorherrschaft gleichgesetzt und auf einen »Stasi-Überwachungsstaat« reduziert werden soll.

Der weitere juristische Kampf gegen das Rentenstrafrecht müsse mit allen gebotenen Mitteln politisch flankiert werden. Dazu gehöre auch die Zurückweisung der anhaltenden Hetze und Verleumdung durch die Verbreitung der Wahrheit über die Arbeit des MfS, wie das mit mehreren Buchveröffentlichungen der letzten Jahre versucht worden sei. Das MfS sei im

► Fortsetzung auf Seite 4



► Fortsetzung von Seite 3

Ergebnis der politischen Strafverfolgung nach 1990 juristisch rehabilitiert worden. In keinem Land sei die Sicherheit eines Staates so unmittelbar mit seiner Existenz verknüpft gewesen, wie in der DDR. Das MfS habe mit seiner Tätigkeit zur Erhaltung des Friedens beigetragen, das Volkseigentum vor Schaden bewahrt und den Bürgern der DDR ein Leben in Sicherheit und Geborgenheit garantiert.

Es sei paradox, wenn jetzt ein Mitglied des die Sicherheitspolitik bestimmenden Politbüros der SED eine Rente bis zur Beitragsbemessungsgrenze erhalte, während sein Personenschutz weiter über die Rente bestraft werde. Auch gebe es keine innere Differenzierung. Ob Mannschaftsdienstgrad oder General, ob Fachschulabsolvent oder Professor – alle erhalten Strafrente in gleicher Höhe. Derartiges habe es in Deutschland, außer während der Zeit des Faschismus, noch nie gegeben und das dürfe auch in der Welt einmalig sein.

Dr. Wolfgang Schwanitz erklärte seine Zustimmung zum Entwurf der vorgelegten Konzeption und der Entschließung und verwies auf die Notwendigkeit der Bündelung aller Kräfte. Deshalb freue er sich über das vereinbarte gemeinsame Vorgehen von ISOR mit der Initiative gerechte Altersversorgung (IGA).

Walter Krüger (TIG Güstrow) schätzte ein, dass in unserem Kampf noch eine lange Wegstrecke zu bewältigen sei. Es gelte, dabei nicht müde zu werden und keine Selbstzufriedenheit aufkommen zu lassen. Der § 7 AAÜG stelle eine Demontage des sozialen Rechts dar und dürfe nicht hingenommen werden. Im 14. Jahr der Einheit müsse endlich – wie von Bundespräsident Köhler gefordert – mit der Demütigung und Ungleichbehandlung der Ostdeutschen Schluss gemacht werden. Dabei sei die Solidarität mit den anderen Vereinen gefordert. Ein Auseinanderdividieren dürfe nicht zugelassen werden. Entscheidend sei die Basisarbeit, die mit straffer Organisation zu führen sei.

Prof. Dr. Siegfried Mechler, (Vorsitzender der GRH), führte aus, dass auch seine Organisation vor einer Neuorientierung stehe. Obwohl die politischen Prozesse zu Ende gingen, sei damit die politische Strafverfolgung von DDR-Bürgern noch nicht beendet. Noch wirke die »Strafe nach der Strafe« mit z.T. erheblichen finanziellen Belastungen und es gelte jetzt in einem langen, schwierigen Prozess die Aufhebung der Unrechtsurteile bis zur Rehabilitierung der Betroffenen durchzusetzen. (analog zu den Opfern des Kalten Krieges).

Das erfordere die konsequente Zurückweisung der These vom »Unrechtsstaat DDR« mittels Publikationen und Veranstaltungen, wie auch die Gewinnung neuer Mitglieder.

Auch nach Jahren werde es weiter Rentenungerechtigkeit geben, z.B. im Verhältnis West

zu Ost. Deshalb könne man auch dann nicht auf das Potenzial einer Organisation wie ISOR e.V. verzichten und müsse verstärkt darauf hinwirken, das Protestpotenzial zu bündeln.

Henry Otto (TIG Ribnitz-Damgarten) verwies darauf, dass schon die Urteile von 1999 die Absicht erkennen ließen, durch Abstrafung einer Personengruppe die Delegitimierung der DDR zu untermauern. Um unserer Ehre willen müssten wir jetzt weiter kämpfen. Er verwies auf die jüngsten Beiträge von Rechtsanwalt Friedrich Wolff in der »jungen Welt« und von Harry Nick im ND und regte an, nach dem Vorbild der Denkschrift von Prof. Dr. Azzola aus dem Jahre 1994 in Publikationen Verletzungen der Rechtsstaatlichkeit anzuprangern.

An die Vertreter der IGA gewandt, bezeichnete er das nicht einheitliche Auftreten als unerträglich. Ohne Trennendes zu verschweigen müsste es doch möglich sein, gemeinsam zu handeln.

Heinz Tauchert (Sprecher der IGA), der sich als Mitglied von ISOR vorstellte, verwies auf die Größe der vor uns stehenden Aufgaben. Die IGA sei keine Organisation in der Organisation, sondern eine unabhängige Initiative mit einem anderen Beitrag zur rechtlichen Auseinandersetzung. Verdienst der IGA sei es, dass die BfA zu einer Korrektur veranlasst werden konnte, wonach 3–4.000 Personen, die einen Widerspruch gegen den Entgeltbescheid versäumt, aber dem Rentenbescheid widersprochen hätten, Nachzahlungen erhielten. Die IGA sei bemüht, ihre Kontakte zu VerfassungsrechtlerInnen – neben Prof. Will insbesondere auch Prof. Dr. Dr. Merten – in den gemeinsamen Kampf einzubringen. Gesichert bleiben müsste die selbständige Rechtswahrnehmung für die ca. 80 Vorgänge der IGA. Zu einer stärkeren Geschlossenheit mit ISOR werde es dennoch einen Weg geben. Die gebildete gemeinsame Arbeitsgruppe unter Leitung von Prof. Dr. Wolfgang Edelmann und Dr. Lothar Wellschmidt zur Klärung der Einkommensverhältnisse und Beschäftigungsstruktur des MfS werde jede Unterstützung erhalten.

Helmut Müller (TIG Leipzig) berichtete, dass in der von ihm geleiteten Untergruppe seiner TIG 65 Prozent der Mitglieder keine Angehörigen des MfS seien. Einheitliche Auffassung der Mitglieder sei es, auch nach Regelung der E 3-Fälle weiter zu kämpfen.

Herbert Becker (Vorsitzender Ehemalige Soldaten im Deutschen Bundeswehrverband Ost) schätzte ein, dass der E 3-Erfolg nur durch koordiniertes Zusammenwirken möglich geworden sei. ISOR habe sich zu einem politisch geachten Verein entwickelt.

Gemeinsam komme es jetzt darauf an, die Beschlüsse des BVerfG umzusetzen. Der Deutsche Bundeswehrverband bleibe bei seiner Haltung zur Wertneutralität des Rentenrechts. Er fordere die Angleichung der Rentenwerte

Ost und West bis zum Jahre 2007. Das Urteil des BVerfG zum Dienstbeschädigtenrecht müsse umgesetzt werden. Bei Dienstunfällen müsse eine Neuberechnung nach den Grundwerten West erfolgen. Radargeschädigte der NVA müssten als Dienstbeschädigte anerkannt werden.

Dr. Dieter Lehmann (TIG Gera, Mitglied des Beirats) unterbreitete den Vorschlag zur Organisation einer wissenschaftlichen Konferenz mit Militärwissenschaftlern sowie StaatsrechtlerInnen mit der Spezialisierung Verfassungsrecht und Hoheitsrecht zur Klärung der Frage, wie der Volkskammerbeschluss zur Schließung der Versorgungsordnung des MfS staatsrechtlich zu bewerten sei, darunter im Verhältnis zur Verfassung der DDR, die jedermann eine Förderung nach seinen Fähigkeiten und Leistungen zuerkannt habe. Verletzungen der Wertneutralität des Rentenrechts seien auch in der DDR verfassungswidrig gewesen.

Fragen der Organisation der Landesverteidigung, des militärischen Eides, der Besoldungsordnungen der bewaffneten Organe könnten als Argumente gegen die angebliche Selbstprivilegierung des MfS erschlossen werden. Verantwortliche der Militäraufklärung der DDR, Experten wie Erich Schmidt-Eenbohm oder Gabriele Gast u. a. könnten Nachrichtendienste als Institutionen souveräner Staaten darstellen, die überall in der Welt überdurchschnittlich bezahlt würden, aber auch immer Einschränkungen von Persönlichkeitsrechten hinnehmen müssten.

Dr. Martina Bunge (ehem. Sozialministerin Mecklenburg-Vorpommerns, Landtagsabgeordnete der PDS), erklärte, dass sie gekommen sei, um in der schwierigen Situation für ISOR ihre Solidarität zu bekunden und Mut zu machen. Es sei ein Vakuum entstanden. Der Bundestag befasse sich derzeit kaum noch mit Fragen der Rentenüberleitung. Dafür fehle es im Bundestag an einer politischen Kraft. Auch der 55. Jahrestag der DDR sei – bei allem notwendigen kritischen und selbstkritischen Umgang mit der Geschichte – nur als Verteufelung der DDR wahrzunehmen gewesen.

Versorgungsunrecht könne nur als sehr langfristiges Problem beseitigt werden. Dazu müssten zunächst die Länder finanziell entlastet werden.

Sie verwies auf die mangelnden Möglichkeiten der beiden Bundestagsabgeordneten der PDS, die z.B. kein Antragsrecht besäßen. Nach den letzten Bundestagswahlen sei für die PDS das Zusammenwirken zwischen parlamentarischer und außerparlamentarischer Opposition zusammengebrochen. Auch bei der Datenauswertung sei die Politik gefragt. Die Regierung Mecklenburg-Vorpommerns solle die Datenfreigabe und staatliche Hilfe für die Datenauswertung fordern. Das sei machbar, wenn man wolle, insbesondere wenn auch die

► Fortsetzung auf Seite 5

► Fortsetzung von Seite 4

anderen Landesregierungen Ostdeutschlands solche Forderungen einbringen.

Rechtsanwalt Dr. Helmers, der die Verfahren der IGA vertritt, hob die Gemeinsamkeiten mit ISOR hervor. Er vertrete 85 Verfahren vor Gericht, darunter ehemalige Wachoffiziere, Mitarbeiter der Abwehr, der Aufklärung und der Rückwärtigen Dienste, in 20 Prozent der Fälle im Alter von 50 Jahren und darunter. Der größte Teil sei nicht organisiert. Die IGA vertrete auch E3-Fälle aus dem zivilen Bereich.

Jetzt komme es darauf an, sich mit der Grundannahme, im MfS seien durchweg »überhöhte« Gehälter gezahlt worden und den entsprechenden Verdacht aus den Volkskammerbeschlüssen, mit einer anderen Sachdarstellung zu entkräften. Die »Überhöhung« dürfe nicht allein und pauschal an der Höhe der Bezüge festgemacht werden.

Durch die planmäßige Schaffung einer neuen Datenbasis, der Erfassung und Auswertung noch nicht bekannter Fakten und das Einbringen persönlicher Daten sei jetzt koordiniert und arbeitsteilig eine neue Ausgangslinie zu bestimmen, eine neue Grundlage des juristischen Vorgehens »aus einem Guss«.

Heinz Lestin (TIG Berlin-Friedrichsfelde/Karlshorst) erklärte, dass er als ehem. Angehöriger der DVP einer TIG vorstehe, die zu 80 Prozent aus ehemaligen MfS-Mitarbeitern bestehe. Er selbst und seine TIG verstehen sich als eine große Gemeinschaft, die bis zum letzten Sieg kämpfen werde. Wichtig sei auch, sich mit der bösartigen Hetze gegen das MfS und der Diskriminierung seiner Mitarbeiter auseinanderzusetzen.

Er berichtete weiter über eine Beratung vom 22. September mit Vorsitzenden von insgesamt 16 regionalen Verbänden und Vereinen, die sich in einem Bündnis für soziale Gerechtigkeit zusammengeschlossen haben.

Rechtsanwalt Mark Schippert hob hervor, dass ISOR sich gegenwärtig an einem Scheideweg befindet und sich zwischen Aufgeben und Weitermachen entscheiden müsse. Man stünde jetzt vor einem Neuanfang, bei dem die erste Aufgabe die Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS sei. Dafür würden Sachverständig Ost und West benötigt. Was wir vorlegen, müsse unangreifbar sein und 105prozentige Beweiskraft besitzen, da uns kaltes Misstrauen entgegenschlage. Kampfeswille und Solidarität werde uns aber zum Ziel bringen.

Klaus-Peter John (TIG Potsdam), TIG-Vorsitzender und ehem. Angehöriger der Kriminalpolizei versicherte, dass er und die Mitglieder seiner TIG, die nur zu zwei Dritteln aus Betroffenen des § 7 AAÜG besteht, entschlossen weiter kämpfen werden. Es sei gelungen, trotz Austritten die Mitgliederzahl zu halten. Die Kontenklärungen hätten viele Ratsuchende

ISOR zugeführt, die dann als Mitglieder gewonnen werden konnten. Er verwies darauf, dass der Rentenverlauf vieler heute 50-jähriger Armut im Alter vorprogrammiere. Er empfahl, dass ISOR seine rentenrechtliche Kompetenz ausbauen und dazu das vorhandene intellektuelle Potenzial einsetzen solle. So müsse ISOR auch zu einem gefragten Ansprechpartner für Probleme von Hartz IV, in Fragen der Krankenversicherung u.ä. Sozialfragen werden.

Um die künftige Arbeit zu sichern, gelte es jetzt verstärkt die jüngeren Jahrgänge personal einzubeziehen.

Siegfried Korth (TIG Magdeburg, Mitglied des Beirats) machte darauf aufmerksam, dass in unserem Kampf Optimismus immer wieder neu erzeugt und aufgebracht werden müsse, zumal wir derzeit aller Rechtsmittel beraubt seien. 57 Prozent der Mitglieder seiner TIG seien 65 Jahre und älter. Es sei deshalb geboten, die Vorstände zu verjüngen.

Es genüge nicht, allein für eine bessere Rente zu streiten, auch andere soziale Probleme müssten aufgegriffen werden, z.B. Fragen der Pflegeversicherung. Der Sozialabbau würde alle Mitglieder mehr oder weniger treffen, ebenso die Benachteiligung der Ostdeutschen. Hier müsse sich ISOR stärker profilieren und zwar bereits jetzt und nicht erst, wenn die Rentenprobleme evtl. gelöst sind.

Prof. Dr. Axel Azzola begann seine Ansprache unter Hinweis darauf, dass er von Anfang an ein Weggefährte von ISOR ist, als es z.B. noch Illusionen gegeben habe, mit einer direkten Verfassungsbeschwerde das Rentenproblem für die Angehörigen der bewaffneten Organe der DDR zu lösen.

Die »niederschmetternden Worte« des BVerfG zeigten, dass wir eine Schlacht verloren hätten. Eine verlorene Schlacht sei aber kein verloerner Krieg.

Er empfahl in Petitionen jenen Punkt besonders herauszustellen, der die Politik am schmerhaftesten treffe: die Verweigerung von Daten, auf denen der Staat sitzt und die für die Einforderung von Recht unerlässlich seien. Das sei die blanke Willkür.

Er plane zunächst bis 2006. Bis dahin gelte es zwei Dinge zu lösen. Der Wiedereinzug der PDS in den Bundestag sei die absolute Grundbedingung für das Funktionieren der »politischen Schiene«. Die PDS wiederum müsse politikfähig werden. Wenn es ein Feld gebe, wo die

PDS eine andere Politik vertreten könne als die anderen Parteien, dann sei das die Rente. Politik bedeute vor allem, erfolgreich für die Menschen zu sein. Die PDS könne sich hier positionieren, ohne die vorhandenen Gegenströmungen mitten im Gesicht zu haben. Augenmaß sei gefragt und ein juristischer Neuanfang erfordere neue, fundierte Tatsachen. Allerdings sei auch nicht alles, was nicht gefällt, zugleich verfassungswidrig. Alles andere müsse politisch er-

kämpft werden und für den politischen Kampf gebe es kein Mindest- und kein Höchstalter.

★★★

Beim Vorstand von ISOR wurden weitere vier Diskussionsbeiträge schriftlich eingereicht. Sie werden im Vorstand ausgewertet.

So schrieb z.B. Freund **Albert Oehme** aus Gera, der im Alter von 82 Jahren noch als Gruppenkassierer aktiv tätig ist: »Als leitender Offizier der ZV der DDR war auch ich lange Zeit von den Urteilen der Siegerjustiz betroffen und erst vor wenigen Monaten konnten mir unsere treuen Rechtsberater mitteilen, das nunmehr auch bei mir die letzten Beschränkungen gefallen sind ... Noch immer bleiben nicht wenige aus der Schar der Ehemaligen ... mit miesen Argumenten um die Früchte ihrer Lebensarbeit betrogen.... Ich ... rufe alle Mitglieder der ISOR auf, treu zusammen zu stehen, nach neuen rechtlichen Mitteln und Möglichkeiten zu suchen um auch den letzten Ehemaligen von den Fesseln des Unrechts zu befreien. Solidarität jetzt!«

★★★

Die anwesenden Vertreter beschlossen einstimmig unter Einbeziehung der empfohlenen Änderungen die vorliegenden Dokumente.

★★★

Horst Parton schätzte im Schlusswort ein: Die Diskussion habe Einheit und Geschlossenheit ausgestrahlt und die Entschlossenheit zur Fortführung unseres Kampfes bekräftigt. Die Beschlüsse des BVerfG seien nicht nur Niederlage, sondern auch ein Erfolg, den ISOR allein nicht geschafft hätte. Jetzt gelte es, wachsam zu sein. Noch sei das E3-Urteil nicht umgesetzt.

Er orientierte auf die Gewinnung noch abseits stehender ehemaliger Mitarbeiter aller bewaffneten Organe und der Zollverwaltung der DDR. ISOR biete für alle eine sinnvolle Tätigkeit in einem Sozialverein.

Die Vertreterversammlung habe eine Reihe von Fragen aufgeworfen, die jetzt auch mit den anderen Verbänden und Vereinen beraten werden müssten. Er erklärte: »Wir bekennen uns zu unserer Verantwortung in der DDR, einschließlich der von uns begangenen Fehler«. Es sei aber auch an der Zeit, die Rolle der bewaffneten Organe beim friedlichen Abdanken der DDR zu würdigen.

Die Zukunft von ISOR verbinde sich mit dem Engagement in sozialen Fragen und seine Stärke erwachse auch aus den sozialen Bindungen im Verein selbst.

Jetzt komme es darauf an, die Beschlüsse der Vertreterversammlung umzusetzen.

Die Mitglieder des Vorstandes sind bereit, die TIG bei der Auswertung der außerordentlichen Vertreterversammlung vor Ort aktiv zu unterstützen. ♦

Wir sind heute in Berlin zu einer außerordentlichen Vertreterversammlung zusammengekommen, weil durch die kürzlich bekannt gewordenen Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichtes für das weitere Wirken von ISOR e.V. eine neue Lage entstanden ist.

Mit dem Beschluss vom 23. Juni 2004 wurde die noch bestehende Begrenzung der Rentenansprüche ehemals hochrangiger Funktionäre in Parteien, Staat und Wirtschaft der DDR, darunter auch Generale und Oberste (sogen. E 3-Gruppe), für verfassungswidrig erklärt.

Diese Entscheidung des obersten deutschen Gerichtes – 14 Jahre nach dem Anschluss der DDR an die Bundesrepublik Deutschland und als Ergebnis eines langen beharrlich und solidarisch geführten Kampfes – wird von uns nachhaltig begrüßt. Unser Glückwunsch zur Befreiung vom Rentenstrafrecht gilt allen Betroffenen, darunter auch vielen ISOR-Mitgliedern, sowie deren Verbänden und Vereinen.

Mit den Beschlüssen vom 22. Juni 2004 und 27. Juli 2004 zur Nichtannahme und damit Zurückweisung von Verfassungsbeschwerden ehemaliger Mitarbeiter des MfS/AfNS hat das Bundesverfassungsgericht aber gleichzeitig die politisch-ideologisch motivierte und willkürliche soziale Ausgrenzung von Gruppen ehemaliger DDR-Bürger fortgesetzt.

Ohne Beachtung beruflicher Qualifikation und Arbeitsleistung soll die pauschale Begrenzung auf die Durchschnittsrente schon allein wegen der Zugehörigkeit zu ihrem Versorgungssystem für ehemalige Angehörige des MfS/AfNS beibehalten werden. Diese offensichtliche Ungleichbehandlung zeugt von einer auf Vergeltung ausgerichteten Gesetzgebung.

Sowohl die zeitliche Nähe der beiden Entscheidungen und ihre gemeinsame Veröffentlichung in einer Pressemitteilung des BVerfG, als auch die gegenläufigen juristischen Argumente können nicht anders bewertet werden als ein Versuch, ehemalige politische Verantwortungsträger der DDR nach dem bewährten Prinzip – teile und herrsche – gegeneinander

Entschließung

auszuspielen und die einstigen Angehörigen des MfS/AfNS zu isolieren, zu demotivieren und zur Aufgabe ihrer Kampfentschlossenheit zu veranlassen.

Das wird aber dank der erprobten jahrelangen Solidarität der ISOR-Mitglieder untereinander und mit den befreundeten Vereinen und Verbänden nicht gelingen. Wir führen unseren solidarischen Kampf bis zur endgültigen Beseitigung des Rentenstrafrechts weiter.

Wir werden die vom Bundesverfassungsgericht eröffnete Möglichkeit nutzen und durch die Erarbeitung neuer rechtserheblicher Tatsachen eine erneute verfassungsrechtliche Überprüfung des § 7 AAÜG möglich und erforderlich machen.

Dem dient die von uns heute, nach gründlicher Diskussion beschlossene »Konzeption zur Fortsetzung des Kampfes gegen das Rentenstrafrecht«. Konkret fordern wir:

- die Streichung des verfassungswidrigen § 6 Abs. 2 und 3 AAÜG, der Rentenansprüche von ehemals hochrangigen Angehörigen der Zusatz- und Sonderversorgungssysteme auf die Durchschnittsrente begrenzt,
- die gleichzeitige Neuregelung des § 7 AAÜG, wodurch auch über dem Durchschnittseinkommen in der DDR liegende Einkommen von ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS in die Berechnung von Rente eingehen, und zwar nach Maßgabe der vorzunehmenden amtlichen Klärung der Einkommensverhältnisse durch das Bundesverwaltungsaamt,
- die Neuregelung der Entschädigung für Dienstunfälle nach den Grundsätzen des Dienstbeschädigungsausgleichsgesetzes ab 1. August 1991, auch für die ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS,
- die Regelung der Erhaltung des Realwerts von besitzgeschützten Leistungen aus Zusatz- und Sonderversorgungssystemen durch

Anpassung mindestens an die Inflationsrate in den neuen Bundesländern. Wir vertrauen auf die Einigkeit und Solidarität all unserer Mitglieder, den

schon mehrfach erfolgreich beschrittenen Weg unbirrt und mit diesen realistischen Zielsetzungen fortzusetzen. Wir rufen alle noch abseits stehenden ehemaligen Angehörigen des MfS/AfNS auf, als ISOR-Mitglieder gemeinsam mit uns ihre ureigensten sozialen Interessen noch wirksamer durchsetzen zu helfen. Wir wünschen uns von unseren Sympathisanten noch mehr aktive Hilfe und Solidarität als Mitglieder von ISOR e.V.

Wir vertrauen auf die Fähigkeit und das Organisationsvermögen unseres Vorstandes und seines Beirates sowie der Landesbeauftragten und der TIG-Vorstände, die vielfältigen in der Konzeption geforderten Aufgaben und Aktivitäten wirkungsvoll zu koordinieren und umzusetzen. Das betrifft vor allem

- die verstärkte Mitgliederwerbung
- die massenhafte Erarbeitung von Petitionen gegen die erneute Ungleichbehandlung
- den nachhaltigen Protest gegen die Weigerung der zuständigen Bundesbehörden, notwendige Unterlagen für die Klärung der Einkommensverhältnisse im MfS zur Verfügung zu stellen.

Wir vertrauen auf das juristische Können unserer Rechtsanwälte und Berater und ihr jahrelanges Engagement für ISOR, um letztendlich gemeinsam erfolgreich zu sein.

Wir reihen uns ein in die zunehmend breiter werdende Front der Protestbewegung gegen den bundesweiten Sozialabbau und die fortbestehende Diskriminierung Ostdeutschlands. Wir betrachten unseren Kampf gegen die verbliebenen Reste des Rentenstrafrechts als Bestandteil dieser übergeordneten Zielsetzung.

Wir sind und bleiben solidarisch mit den befreundeten Vereinen und Verbänden, wie wir auch deren Solidarität mit uns dringend benötigen und dankbar entgegennehmen.

Die Delegierten der außerordentlichen Vertreterversammlung / Berlin, 8.10.2004

ist vereinbart, »in solidarischer Gemeinschaft den Kampf gegen Sozialabbau und für soziale Gerechtigkeit zu führen.«

Es ist gerade zu verständlich, dass in dieser Beratung die Beschlüsse des Bundesverfassungsgerichts vom 23. Juni 2004 und die vom 22. Juni und 27. Juli 2004 eine angeregte Diskussion auslösten.

Die anwesenden Vorsitzenden und Vertreter der dem Bündnis angehörenden Verbände und Vereine werteten die Nichtannahme der Verfassungsbeschwerden zum § 7 AAÜG als eine willkürliche Entscheidung mit eindeutig politischem Hintergrund. Das würde von der Mehrheit

► Fortsetzung auf Seite 7



Aus unseren TIG



Solidarität – gerade jetzt

Am 22. September 2004 fand eine erneute Beratung der Vertreter des am 13. Mai 2004 gegründeten Bündnisses für soziale Gerechtigkeit Berlin-Lichtenberg/Hohenschönhausen statt.

Diesem Bündnis gehören 16 regionale Sozialverbände, Vereine und Gewerkschaften des Stadtbezirkes mit über zehntausend Mitgliedern an, darunter die fünf Territorialen Initiativgruppen der ISOR (TIG) aus Berlin-Lichtenberg und Hohenschönhausen und regionale Gliederungen der GBM, der Volkssolidarität, des DGB und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft (ver.di), der GRH, des DBWV sowie des Bundes der Antifaschisten und der VdN.

In der von allen Vertretern unterzeichneten Erklärung zum Bündnis für soziale Gerechtigkeit

► Fortsetzung von Seite 6

heit ihrer Mitglieder auch so gesehen.

Wir waren uns alle einig, wir brauchen gerade jetzt die Solidarität und Verbundenheit, den koordinierten und geschlossenen Kampf gegen den Sozialabbau.

Solidarität – gerade jetzt.

Deshalb sind die in der Erklärung vom 13. Mai aufgeführten Schwerpunkte unseres Kampfes gegen massiven Sozialabbau – für soziale Gerechtigkeit ebenso gemeinsames Anliegen wie der Kampf gegen Diskreditierung, soziale Ausgrenzung und Rentenstrafrecht.

In dieser Erklärung heißt es unter anderem: »Als Bündnis für soziale Gerechtigkeit fordern wir eine Wirtschafts- und Sozialpolitik, die der Befriedigung der materiellen und kulturellen Bedürfnisse aller Mitglieder der Gesellschaft dient.

Unser öffentlicher Protest und unsere Forderungen betreffen besonders folgende Themenkomplexe:

Rücknahme des massiven Sozialabbaus, insbesondere der Leistungskürzungen in der Pflege-, Kranken- und Rentenversicherung durch die Agenda 2010; ...

Gleiche Arbeits- und Lebensverhältnisse in Ost und West und Angleichung des Rentenwertes Ost an den Rentenwert West;

Überführung bisher nicht abgegolter Ansprüche aus ehemaligen Sonder- und Zusatz-

versorgungssystemen der DDR in die gesetzliche Rentenversicherung der BRD;

Schluss mit jeglichen politischen und sozialen Ausgrenzungen, Diskreditierungen und dem Rentenstrafrecht gegenüber Teilen der ostdeutschen Bevölkerung;

Beendigung der politischen Strafverfolgung und wir setzen uns ein für die gesellschaftliche und individuelle Rehabilitierung aller Betroffenen ...«

In der Erklärung bekräftigen die Teilnehmer, dass sie durch ein abgestimmtes und koordiniertes Handeln aller von sozialer Ungerechtigkeit Betroffenen in einem Bündnis ihren Protest und den öffentlichen politischen Druck gegen den derzeitigen massiven Sozialabbau und für soziale Gerechtigkeit erhöhen und sich damit in die Protestbewegung der mehrheitlich betroffenen Bevölkerung in allen Teilen Deutschlands einreihen.

Der Sprecherrat des Bündnisses organisiert den regelmäßigen Erfahrungsaustausch, die Abstimmung inhaltlicher Schwerpunkte und Aktivitäten. So hat der Sprecherrat das Bündnis mit seinem Anliegen bei der Bezirksbürgermeisterin und den Fraktionsvorständen der Bezirksverordnetenversammlung

Lichtenberg/Hohenschönhausen vorgestellt sowie die Teilnahme an Protestkundgebungen popularisiert. Der Sprecherrat hat bereits einen festen Rhythmus seiner Beratungen und ein Programm für weitere Vorhaben.

ISOR benötigt und erhält die solidarische Unterstützung dieser Sozialverbände und Vereine. Es ist gut in diesem Kampf viele Verbündete an seiner Seite zu wissen.

Dieser Grundgedanke gegenseitiger Solidarität innerhalb ISOR und mit unseren Verbündeten bestimmte auch die erste Auswertung der außerordentlichen Vertreterversammlung vom 8. Oktober vor dem erweiterten Vorstand und den über 50 Betreuern durch den ISOR-Vorsitzenden Horst Parton am 19.10.04. Die Erläuterungen zur dort gegebenen Lagebeurteilung und den beschlossenen Dokumenten für das weitere Wirken von ISOR wurde von den Anwesenden einmütig gebilligt.

Heinz Lestin, Vorsitzender der TIG Berlin Friedrichsfelde/Karlshorst

★

Inzwischen erreichten uns erste Reaktionen auf die Außerordentliche Vertreterversammlung von Günter Wenzel aus Dresden, Benno Butschalowski aus Prenzlau, Harry Naujeck aus Strausberg, Lothar Haußner aus Grimmen, Karl-Heinz Kletzsch von der TIG Altenburg/Zinnwald die wir aus Platzgründen in dieser Ausgabe nicht veröffentlicht können.

Sie lassen aber bereits erkennen, dass die Ergebnisse dieser Versammlung breiten Widerhall in der Mitgliedschaft finden, ihre Kampfentschlossenheit nicht geringer, sondern stärker geworden ist, die Solidarität anderer Ver-

► Fortsetzung auf Seite 8

ISOR gratuliert allen Jubilaren, besonders:**zum 97. Geburtstag:**

Bruno Mallwitz, Eisenhüttenstadt

zum 92. Geburtstag:

Günter Vehres, Bln.-Weißensee

zum 91. Geburtstag:

Hildegard Kaufmann, Chemnitz

zum 90. Geburtstag:

Herta Ellrich, Bln.-Hohenschön.

Elfriede Körner, Dresden

Gerda Vincenz, Bln.-Treptow

zum 89. Geburtstag:

Oskar Borth, Quedlinburg

zum 87. Geburtstag:

Elfriede Guhlemann, Rostock

Lotte Märtern, Magdeburg

Ernst Neubert, Cottbus

Walter Voigt, Plauen

zum 86. Geburtstag:

Hubertus Gast, Bln.-Marzahn

Werner Roth, Bln.-Treptow

Günter Simon, Bln.-Hohenschön.

zum 85. Geburtstag:

Dorothea Baruth, Bln.-Prenzl. Berg

Gertraud Brandenburg, Bln.-Marzahn

Nora Eibig, Dresden

Hans Otto, Annaberg-Buchholz

Hans Rittig, Luckenwalde
Elsa Schwanberger, Leipzig

zum 80. Geburtstag:

Käthe Baumgartel, Chemnitz

Lucie Becker, Raguhn

Walter Brose, Bln.-Friedrichsfelde

Elli Göpfert, Erkner

Anneliese Grote, Bln.-Friedrichsfelde

Hans Keilholz, Nordhausen

Rolf Kleeberg, Bln.-Pankow

Hermann Mandel, Bergen

Hildegard Michael, Bln.-Friedrichshain

Karl Müller, Chemnitz

Heinz Petrasch, Potsdam/Waldstadt

Werner Preuß, Bln.-Friedrichshain

Rudolf Renner, Bln.-Hohenschön.

Gerhard Schneider, Dresden

Ernst Treffky, Löbau

Erika Wagner, Bln.-Treptow

Zum 75. Geburtstag:

Walter Augsten, Bln.-Marzahn

Günter Abmann, Bln.-Hohenschön.

Lothar Baganz, Oranienburg

Erika Bartholomäus, Bln.-Karlshorst

Erich Bauer, Eichwalde

Klaus Bertram, Leipzig

Leopold Beutel, Rostock

Karl-Heinz Bohn, Erfurt

Annelies Brux, Dresden

Elisabeth Czich, Zühdorf

Jutta Dietze, Plauen

Ingrid Fathke, Bln.-Hohenschön.

Werner Göcht, Borna

Raimund Görlich, Potsd. Nauener Vorst.

Werner Grimmer, Artern

Heinz Hartwich, Aschersleben

Norbert Hausmann, Bln.-Friedrichsf.

Erwin Hautzenberger, Halle

Gerhard Heitz, Dresden

Hans Hertz, Suhl

Karl-Heinz Herz, Bln.-Lichtenberg

Günther Hofmann, Hildburghausen

Lore Ihle, Chemnitz

Manfred Jentsch, Bln.-Hohenschön.

Gerda Kiß, Gera

Margot Kleinert, Dresden

Günter Klosa, Germendorf

Hildegard Kophamel, Neubrandenburg

Rudolf Körner, Leipzig

Waltraud Kränzel, Bln.-Lichtenberg

Joachim Kress, Bln.-Friedrichsfelde

Sigmund Kubal, Aschersleben

Heinz Kunz, Potsdam-Drewitz

Franz Künzl, Hildburghausen

Erika Lachotzke, Potsdam Zentrum

Hildegard Land, Bln.-Treptow

Ingeborg Lange, Magdeburg

Siegfried Leutloff, Bln.-Weißensee

Karl Müller, Salzwedel

Eugen Nikolenko, Bln.-Marzahn

Ruth Olick, Bln.-Marzahn

Udo Pampel, Artern

Magdalene Plaumann, Schwerin

Werner Potzel, Chemnitz

Ingeburg Reißner, Bln.-Hohenschön.

Heinz Rimkus, Meißen

Fred Röber, Delitzsch

Thea Sattler, Ernstthal

Klaus Scheiblich, Opperode

Sizzo Schiebel, Gera

Kurt Schimpf, Potsdam-Babelsberg

Gisela Schmidt, Rostock

Christa Schöbel, Strausberg

Horst Scholz, Bln.-Treptow

Lothar Schönfeld, Rostock

Elfriede Schürmann, Chemnitz

Gerhard Schumann, Zwickau

Martin Schumann, Bln.-Friedrichsf.

Paul Schwarz, Cottbus

Johannes Schwarze, Bln.-Prenzl. Berg

Reimar Seifert, Eisenhüttenstadt

Dr. Günter Semmler, Dresden

Rudi Simon, Schönebeck

Wolfram Smolinski, Oranienburg

Loni Stapsch, Rostock

Lothar Storch, Suhl

Heinz Titel, Bln.-Hohenschön.

Heinz Tomalsky, Cottbus

Günther Voigt, Bln.-Köpenick

Margot Weiß, Bln.-Köpenick

Manfred Wenzel, Bln.-Friedrichsfelde

Hans Wiele, Blankenfelde

Arno Windrich, Leipzig

► Fortsetzung von Seite 7

bände und Vereine nicht nachgelassen hat, sondern intensiv weitergeführt wird und der feste Wille besteht, ISOR zu stärken. Wir werden in den folgenden Ausgaben weiter dazu und darüber berichten. **Die Redaktion**

Aus der Postmappe:

Strafrente und Armee des Friedens

Genugtuung und Freude bewegten mein Gemüt, als ich das neuerliche hochrichterliche Urteil zu Strafreten ehemaliger Funktionsträger der DDR vernahm. Genugtuung, weil Beharrlichkeit und Solidarität halfen, Gerechtigkeit nicht völlig zur Farce verkommen zu lassen. Und Freude, weil sich auf den Wegen zur Wahrheit eben reichlich Wahrheitsliebende tummeln, deren Stimmen auch Geschichtsfälscher nicht zum Schweigen bringen können.

Angesichts deutscher Krieger in Jugoslawien, am Hindukusch und am Horn von Afrika durchzog mein Gemüt als Betroffener aber auch Erhabenheit und Zorn gegenüber Heuchelei und Siegermentalität. Verantwortlich für die mathematische, naturwissenschaftliche und ingenieurtechnische Grundlagenausbildung an der Offiziershochschule der Landstreitkräfte der NVA »Ernst Thälmann«, fühlte ich mich den schaffenden Menschen und dem Frieden verpflichtet.

Verbunden fühle ich mich mit all jenen, denen noch keine Rentengerechtigkeit widerfahren ist und wünsche uns Kraft und Zuversicht für künftige Kämpfe. **Oberst a.D. der NVA**

**Prof.Dr.sc.Alexander Donner,
Verdienter Hochschullehrer der DDR**

Der Vorstand teilt mit:

Am 27.10.2004 fand eine planmäßige Vorstandssitzung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Auswertung der außerordentlichen Vertreterversammlung sowie der in den TIG durchgeführten Beratungen
2. Information über das Wirken und Probleme der gemeinsamen Arbeitsgruppe ISOR-IGA

zur Klärung der Einkommensverhältnisse im Mfs

3. Problemlösung zum Erfordernis der Einsparung finanzieller Mittel

Auf dem Büchermarkt:

Prof. Dr. Horst Schneider, Historiker aus Dresden hat die von der derzeitigen deutschen Ob rigkeit so aufwändig beförderte Totalitarismusforschung seziert und ist zu bemerkenswerten Ergebnissen gelangt. Eines von vielen: Um nachzuweisen, Faschismus und DDR seien verwandte Systeme, gründete man in Dresden ein Institut und gab ihm als Aushängeschild den Namen der 1975 verstorbenen deutsch-amerikanischen Politologin Hannah Arendt. Schneider forschte nach. Die Institutsgründer mussten einräumen, dass Frau Arendt zwar Totalitarismus erforschte, sich aber dabei nie »mit der DDR befasst« hatte. Es ist ein lesenswertes Büchlein.

Horst Schneider: **Das Hannah Arendt-Institut im Widerstreit politischer Interessen**

SPOTLESS-Reihe Nr. 163 / ISBN 3-933544-96-3 – Preis: 5,10 Euro / www.spotless.de



In der Reihe Edition Zeitgeschichte des Kai Homilius-Verlages erschien im September 2004 ein Buch von Erich Schmidt-Eenboom, mit dem der Autor den sicheren Nachweis über die jahrzehntelangen illegalen Inlandsaktivitäten des BND und damit über geheimdienstlich gesteuerte Manipulationen der öffentlichen Meinung in der Bundesrepublik führt.

Erich Schmidt-Eenboom: **»Geheimdienst – Politik und Medien; Meinungsmache UND COVER«** / Kai Homilius Verlag, Edition

Zeitgeschichte, Band 16 / ISBN 3-89706-879-6; 401 Seiten, 24,80 EURO

Die AG Recht teilt mit:

Ab 1. Januar 2005 werden die Sprechstunden der AG Recht am Sitz der Geschäftsstelle nur noch

jeden Donnerstag von 15.00 bis 18.00 Uhr durchgeführt. Die Sprechstunden am 21. und 28.12.04 entfallen.

 Wir trauern um unsere verstorbenen Mitglieder



HORST BATHKE, Rostock

HEINZ BLEß, Wittenberge

MONIKA FIEDLER, Neubrandenburg

DR. WERNER FRIEDRICH, Bernau

KNUT GALLIEN, Bln.-Marzahn

WERNER GOLLE, Bln.-Friedrichsfelde

CHARLOTTE GRUBER, Chemnitz

GERDA HANDT, Cottbus

REINHOLD JAKUBETZ, Halberstadt

GÜNTER KAATZ, Rostock

KARL-HEINZ KADE, Oschatz

ALFRED KALISCH, Bln.-Marzahn

PETER KELLER, Königs Wusterhausen

HANS-GÜNTER KIRMSE, Potsdam-Stern

ERHARD KRAUSPE, Bernau

HARTMUT KRAUTHEIM, Cottbus

Horst Kuhlig, Annahütte

BODO KUJATH, Leipzig

WALTER LANGE, Bln.-Treptow

CURT LEHMANN, Döbern

KURT LIEBMANN, Leipzig

HANS-DIETER NAWRATH, Bln.-Friedrichsf.

EVA PALEIT, Bln.-Mitte

HELMI PANSE, Bln.-Karlshorst

HERBERT PETER, Schwerin

WALTER PETZ, Bln.-Lichtenberg

OTTO PUPPEL, Neubrandenburg

PETER REICHARDT, Dresden

HEINZ REINERT, Ludwigslust

REGINA RETTERATH, Bln.-Pankow

DIETER RICHTER, Weißwasser

MARIANNE RICHTER, Chemnitz

HARTWIN SCHMALFUSS, Zernsdorf

EGON SCHMIRLER, Suhl

OTTO SCHMITKE, Potsdam-Waldstadt

ELFRIEDE UHLIG, Chemnitz

KARL-HEINZ WAGENKNECHT, Bln.-Pankow

ROLAND WAGNER, Chemnitz

HORST WEIDE, Bad Salzungen

RUDI WITTER, Hildburghausen

WERNER WUNDER, Gera

URSULA WÜSTNER, Chemnitz

HANS ZIEMAK, Saßnitz

Ehre ihrem Andenken

Impressum

Herausgeber: Vorstand der ISOR e.V.

Vorsitzender: Horst Parton

Redakteur: Klaus Kudoll, Telefon: (030) 29 78 43 19

V.i.S.d.P.: Dr. Peter Fricker, c/o Geschäftsstelle der ISOR e.V.

ISOR aktuell dient der Information von Mitgliedern der ISOR e.V. und interessierten Bürgern und kann nicht bei Behörden als rechtsverbindliche Auskunft benutzt werden.

Bei namentlich gekennzeichneten Beiträgen sind die

Autoren für deren Inhalt verantwortlich.

Redaktionsschluss: 27.10.2004

Redaktionsschluss der nächsten Ausgabe: 24.11.2004

Einstellung im Internet: 3.12.2004

Auslieferung: 9.12.2004

Herstellung: Druckerei Bunter Hund, 10405 Berlin

Geschäftsstelle der ISOR e.V.

Geschäftsführer: Karl-Heinz Hypko

Franz-Mehring-Platz 1 – 10243 Berlin

Telefon: (030) 29 78 43 15 - Sekretariat

29 78 43 16 - Geschäftsführer

29 78 43 17 - AG Finanzen

Fax: (030) 29 78 43 20

Postanschrift: ISOR e.V. - Postfach 700423-10324 Berlin

e-mail: ISOR-Berlin@t-online.de

internet: <http://www.isor-sozialverein.de>

Bankverbindung: Berliner Sparkasse

Konto-Nr. 171 302 0056, BLZ 100 500 00

Öffnungszeiten der Geschäftsstelle:

Dienstag bis Donnerstag 9 bis 16 Uhr

Sprechstunden der AG Recht:

Dienstag 9 bis 12 Uhr

Jeden 1. und 3. Donnerstag 15 bis 18 Uhr